

AnlageBericht über die Beratung der stellvertretenden Außenminister des Warschauer Vertrages am 19. und 20. Januar 1981 in Berlin

1. Die Beratung fand auf Vorschlag der DDR statt. Sie diente der Erarbeitung einer Einschätzung der ersten Etappe des Madrider Treffens sowie von Schlußfolgerungen für das koordinierte Vorgehen in der Redaktionsphase und für die Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit der sozialistischen Staaten.
Die Direktive des Politbüros vom 6. Januar 1981 wurde erfüllt.
2. Der Verlauf des Madrider Treffens wurde von den Bruderstaaten (mit Ausnahme SRR) wie folgt eingeschätzt:
 - Die gemeinsame Linie der Warschauer Vertragsstaaten hat sich bewährt. Die betreffenden Beschlüsse des Politischen Beratenden Ausschusses und des Außenministerkomitees sowie die Vorschläge der sozialistischen Staaten sind ein offensives Konzept für die zweite Phase des Treffens.
 - Die USA, unterstützt von Großbritannien, der BRD, Kanada und anderen NATO-Staaten, versuchen, die Grundlagen von Helsinki zu zerstören, die Schlußakte in ihrem Sinne zu revidieren und den Prozeß der KSZE in ein Instrument des antisozialistischen Kampfes zu verwandeln. Trotz aller Bemühungen der sozialistischen Länder war eine sachliche, vorwärtsweisende Diskussion zur Weiterführung der Entspannung nicht möglich.
 - Die von den NATO-Staaten unterbreiteten Vorschläge sind in der Mehrzahl destruktiv, teilweise provokatorisch und zielen auf eine Legalisierung der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Länder.

- Obwohl die Klassensolidarität mit den USA, Großbritannien und der BRD dominiert, werden in Madrid bei anderen westeuropäischen NATO-Staaten, vor allem den neutralen und nichtpaktgebundenen Ländern, divergierende politische und ökonomische Interessen sichtbar, die mögliche Anknüpfungspunkte darstellen.
- Obwohl der Frontalangriff des Gegners gegen den KSZE-Prozeß abgewehrt werden konnte, steht auch weiterhin in Madrid ein komplizierter Kampf bevor. Der Ausgang des Madrider Treffens ist noch nicht vorhersehbar. An das geschlossene Auftreten der Bruderländer werden hohe Anforderungen gestellt. Vieles hängt davon ab, ob es den USA gelingt, die westeuropäischen Staaten auf ihre Linie der Konfrontation festzulegen.

Die UVR, VRP und die VRB bewerteten den bisherigen Verlauf des Madrider Treffens positiver als die UdSSR, DDR und CSSR. Nach ihrer Auffassung sei im Ergebnis des konstruktiven Auftretens der sozialistischen Länder das konfrontative, provokatorische Konzept der USA, Großbritanniens und Kanadas nicht aufgegangen. Der Vertreter der SRR vermied eine Bewertung des konfrontativen Vorgehens der NATO und schätzte den bisherigen Verlauf als einen großen Erfolg ein. Die überwiegende Mehrzahl der westlichen Vorschläge bezeichnete er als Ausdruck der Bereitschaft dieser Staaten, in Madrid zu konstruktiven Ergebnissen zu gelangen.

3. Von allen Bruderländern (mit Ausnahme der SRR) wurden die hohen Anforderungen an die Geschlossenheit des Auftretens, die ständige Abstimmung und Koordinierung des inhaltlichen wie des taktischen Auftretens der Staaten des Warschauer Vertrages unterstrichen. Konkrete Anregungen dafür wurden von der DDR und von der UdSSR unterbreitet (Abstimmen des taktischen Vorgehens und arbeitsteiliges Auftreten; Nutzung der bilateralen Beziehungen; aktive gegenseitige Unterstützung bei der Zurückweisung der imperialistischen Einmischungsversuche). Die UVR

und die VRP räumten der Abstimmung am Konferenzort Priorität ein. Von der DDR wurde darauf hingewiesen, daß wichtige Vorschläge unmittelbar zwischen den Außenministerien abgestimmt werden sollten. Der Vertreter der SRR unterstrich mehrfach das Interesse an einer Zusammenarbeit mit den anderen Bruderländern, äußerte jedoch in keiner Weise die Bereitschaft zu einem abgestimmten Vorgehen.

Die Vorschläge der DDR zur Mobilisierung der gesellschaftlichen Kräfte sowie zur Aktivierung der Arbeit mit den Massenmedien fanden die Zustimmung der Beratungsteilnehmer.

4. Zum weiteren Vorgehen wurde von der UdSSR, DDR, CSSR, UVR, VRP und der VRB folgendes dargelegt:

- Es besteht Übereinstimmung, mit größter Geschlossenheit für das gemeinsame Hauptziel, das Zustandekommen einer Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa, zu wirken. Die Erreichung dieses Zieles ist die entscheidende Frage für den Erfolg des Treffens. Die UdSSR, DDR und CSSR appellierten an den Vertreter der SRR, nicht mit unabgestimmten Vorschlägen von der gemeinsamen Hauptfrage abzulenken und die Kräfte zu zersplittern.

Die Vorbedingungen der NATO-Ratstagung von Ankara sowie das Bestreben der USA und anderer NATO-Staaten, ein Junktim zwischen der Einberufung dieser Konferenz und Zugeständnissen der sozialistischen Staaten im Bereich Kontakte und Information herzustellen, werden abgelehnt. Realistischen Elementen in den Vorschlägen der SFRJ, Schwedens, Finnlands und Österreichs (z. B. Durchführung der Konferenz im KSZE-Rahmen; Vertrauensfördernde Maßnahmen im Rahmen der Schlußakte und in Übereinstimmung mit den innerstaatlichen Sicherheitsbedürfnissen) kann zugestimmt werden, wenn eine positive Entscheidung über die Konferenz zur militärischen Entspannung und Abrüstung erreicht wird.

Die VRP verwies nachdrücklich darauf, für sie sei entscheidend, daß die Konferenz mit dem vorgesehenen Inhalt zustandekommt. Die Frage des Konferenzortes (Warschau) betrachte sie

- als zweitrangig. Die VRP trat dafür ein, in Madrid an dem vorgelegten Konferenzprojekt der sozialistischen Staaten festzuhalten und vorerst dazu keine Kompromißlösung in Erwägung zu ziehen.
- Im Bereich der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit sollen die weitere Vorbereitung einer gesamteuropäischen Energiekonferenz auf hoher Ebene, die Stärkung der Rolle der ECE sowie die Förderung des Handels durch den Abbau aller Hindernisse in den Vordergrund gerückt werden. Anknüpfungspunkte in westlichen Vorschlägen, wie z. B. die stärkere Einbeziehung kleinerer und mittlerer Betriebe in die wirtschaftliche Zusammenarbeit, Aus- und Weiterbildung leitender Wirtschaftskader, können genutzt werden. Vorschläge der EG-Staaten, die auf eine "Offenlegung" der wirtschaftlichen Lage der sozialistischen Länder zielen, sind abzulehnen. Der Vertreter der UVR ließ deutlich das große Interesse vor allem an konkreten Vereinbarungen auf dem Gebiet der ökonomischen Zusammenarbeit erkennen.
 - Zu den Vorschlägen im Bereich der Kontakte, Information, Kultur und Bildung wurde hervorgehoben, daß nur jene behandelt werden können, die von der strikten Einhaltung der Prinzipien der Schlußakte und von der innerstaatlichen Gesetzgebung ausgehen. Der Vertreter der UdSSR erklärte, Fortschritte seien in der weiteren Zukunft nur in dem Maße möglich, wie der Prozeß der politischen und militärischen Entspannung voranschreitet. Der Anregung Frankreichs und der SFRJ, ähnlich wie auf dem Gebiet der Wissenschaftsbeziehungen ein "gesamteuropäisches Kulturforum" durchzuführen, könne die UdSSR zustimmen.
Der Vertreter der DDR betonte, daß sich Praxis und innerstaatliche Gesetzgebung der DDR in bezug auf die Empfehlungen des sogenannten III. Korbes in völliger Übereinstimmung mit der Schlußakte befinden und auf vielen Gebieten darüber hinausgehen.

- Hinsichtlich eines nächsten Folgetreffens wird an der Vereinbarung des Außenministerkomitees vom Oktober 1980 festgehalten, daß darüber erst entschieden werden soll, wenn eine positive Festlegung zur Durchführung einer Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung erreicht werden kann.

5. Der Vertreter der SRR bemühte sich, konstruktiv aufzutreten, ohne Sonderpositionen aufzugeben. Er bedankte sich für die Zusammenarbeit mit den Vertretern der Bruderländer in Madrid. Die von der SRR in Madrid unterbreiteten Vorschläge wurden in deutlicher Abgrenzung von den Vorschlägen der übrigen Bruderländer bekräftigt. Das gilt vor allem für

- die Einberufung einer Konferenz über Vertrauensförderung, militärische Entflechtung und Abrüstung in Europa entsprechend der rumänischen Konzeption;
- ein Expertentreffen zur Ausarbeitung eines gesamteuropäischen Gewaltverzichtsvertrages;
- die Schaffung eines ständigen Mechanismus für den KSZE-Prozeß.

Er sprach sich nachdrücklich dafür aus, schon jetzt zu erklären, daß das Madrider Treffen auf Außenministerebene abzuschließen ist. Der rumänische Vertreter wandte sich dagegen, die Zustimmung zur Einberufung eines weiteren Folgetreffens als politischen Hebel u. a. zur Durchsetzung unserer Konferenzinitiative zur militärischen Entspannung und Abrüstung zu nutzen.

6. Von allen Bruderländern wurde die Initiative der DDR zu dieser Beratung als zeitgemäß und nutzbringend eingeschätzt. Die Ausführungen des Genossen Oskar Fischer wurden auf der Beratung als auch in bilateralen Gesprächen von den Vertretern der UdSSR, der CSSR, der VRP, der UVR und der VRB als wichtiger Beitrag zur Herausarbeitung der vor den sozialistischen Staaten stehenden Aufgaben für die nächste Phase des Madrider Treffens und zur Verbesserung der Abstimmung und Koordinierung gewürdigt

und ausdrücklich unterstützt. Genosse Iljitschow konzentrierte seine Darlegungen - ausgehend von einer deutlichen Aufforderung zu größter Geschlossenheit - auf die Fragen des weiteren Vorgehens in den Hauptfragen des Madrider Treffens. Von allen Vertretern wurde eingeschätzt, daß die rechtzeitige und klare Orientierung der DDR für die Beratung der stellvertretenden Außenminister es erleichtert habe, sich konkret vorzubereiten und konzentriert zu den anstehenden Fragen aufzutreten.


7. Schlußfolgerungen

1. In den bilateralen Konsultationen der DDR zu Fragen des Madrider Treffens mit den kapitalistischen Teilnehmerstaaten gelten als inhaltliche Schwerpunkte:
 - Unsere prinzipiell Position hinsichtlich des Beitrages des Madrider Treffens zur Stabilisierung und Weiterführung der Entspannung in Europa;
 - Die Vorstellungen der sozialistischen Gemeinschaft zur Einberufung und Durchführung einer Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa;
 - Unsere Vorschläge zu den übrigen Bereichen der Schlußakte;
 - Die Zurückweisung jeglicher Einmischung in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Staaten sowie der Versuche, die Schlußakte zu verfälschen.

Verantw.: MFAA

2. Die Botschafter der DDR in den KSZE-Staaten werden über die Ergebnisse der Beratung informiert und erhalten konkrete Aufgaben zur Weiterführung der Kontaktarbeit zu Fragen des Madrider Treffens.

Verantw.: MFAA

3. In der Öffentlichkeitsarbeit zur Problematik des Madrider Treffens sind in den Mittelpunkt zu stellen:

- die Propagierung des konstruktiven Konzepts der Staaten des Warschauer Vertrages für das Madrider Treffen sowie
- die Entlarvung der imperialistischen Konfrontationspolitik, der Versuche zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Staaten.

Den Massenmedien der DDR werden regelmäßig Argumentationen zum Verlauf des Madrider Treffens zur Verfügung gestellt.

Verantw.: MFAA

4. Die Delegation der DDR zum Madrider Treffen wird beauftragt, die Position der DDR entsprechend der Direktive des Politbüros des ZK der SED (ZK o2 ~~524~~-43/80 vom 28. 10. 1980) zu vertreten.

Verantw.: MFAA